

**Niederschrift**

**über die öffentliche Sitzung**

**des Ortsbeirates Mundenheim**

**von Ludwigshafen am Rhein**

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, den 05.02.2015
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:03 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:00 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Großer Saal des Franz-Siegel- Seniorenwohnheims, Wegelnburgstr. 59

## **Anwesend waren:**

### Ortsvorsteherin

Anke Simon

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Eva Itzek

Elena Simon

Jan-Philipp Simon

Baris Yilmaz

Wolfgang Bredthauer

### CDU-Ortsbeiratsfraktion

Dr. Wilhelma Metzler

Roswitha Göbel

Joachim Sommer

Michael Leimbach

### DIE GRUENEN - Ortsbeiratsmitglied

Alexander Gajen

### im Ortsbezirk wohnende Stadtratsmitglieder

Norbert Grimmer

### Schriftführer/in

Stefan Schneider

### Des Weiteren

Frau Vopat RHEINPFALZ

Herr Sperber Mannheimer Morgen

Herr Rath Polizeidirektion

## **Entschuldigt fehlte:**

### SPD-Ortsbeiratsfraktion

Holger Scharff

## Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde  
Vorlage: 20150732
2. Bericht der Ortsvorsteherin  
Vorlage: 20150733
3. Resolution des Ortsbeirates Mundenheim  
Mundenheim sagt "Ja" zur Aufnahme von Flüchtlingen und Verfolgten  
Vorlage: 20150764
4. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Behindertenparkplatz in der Oberstraße  
Vorlage: 20150727
5. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Badeaufsicht Blies  
Vorlage: 20150762
6. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Kriminalprävention  
Vorlage: 20150744
7. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Flüchtlinge  
Vorlage: 20150757
8. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Unterbringung von Asylsuchenden und Asylberechtigten in Mundenheim  
Vorlage: 20150746
9. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Schulhöfe in Mundenheim  
Vorlage: 20150729
10. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Schulzentrum Mundenheim - Polizeieinsatz am 13.01.2015 und 15.01.2015  
Vorlage: 20150728
11. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Baumaßnahmen Bruchwiesenstraße 25  
Vorlage: 20150749
12. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Abriss der Hochstraße Nord  
Vorlage: 20150758

13. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Gelände an der Blies, ehemaliges Coca Cola Gelände  
Vorlage: 20150730
14. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Erweiterung des Hafenterminals Mundenheim  
Vorlage: 20150748
15. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Fortführung der S-Bahn Rhein-Neckar  
Vorlage: 20150756
16. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Überprüfung der Straßenbeleuchtung  
Vorlage: 20150731
17. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Integrierte Regionalleitstelle Ludwigshafen  
Vorlage: 20150747
18. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Wochenmarkt am Mittwoch  
Vorlage: 20150750
19. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Anlage Außengelände Mundenheimer Straße 35  
Vorlage: 20150751

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ausschuss war beschlussfähig.

## **Protokoll:**

### **zu 1 Einwohnerfragestunde**

Ortsvorsteherin Anke Simon teilte mit, dass ein Einwohner eine Frage gestellt habe, aber zu der heutigen Sitzung nicht erschienen sei. Die Beantwortung erfolgt daher schriftlich.

### **zu 2 Bericht der Ortsvorsteherin**

- Der neue Streetworker hat am 02.02. seine Arbeit aufgenommen. In der nächsten Sitzung des Ortsbeirates wird er sich persönlich dem Ortsbeirat vorstellen.
- Bis zur Wiederbesetzung der Stelle im OV-Büro wird das Büro in der Übergangszeit nur noch an einzelnen Tagen geöffnet sein.
- Vor dem Hallenbad Süd, im Kappesgartenweg, sind die Markierungen der Parkstände und der Feuerwehruzufahrten auszuführen und zu beschildern. Zusätzlich sei auch der Technikbereich als amtliche Feuerwehruzufahrt zu beschildern.
- Am kommenden Sonntag soll der Aufmarsch eines Ablegers der Hogesa stattfinden. Die Kundgebung und der Demonstrationzug wurden zunächst unter Auflagen genehmigt. Mittlerweile sei die Polizei zu der Einschätzung gekommen, dass der Demonstrationzug an sich zu gefährlich wäre und hat das Ganze auf eine Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz reduziert. Parallel dazu sei eine Gegenkundgebung in Form eines Kulturfestes geplant, das unter dem Motto „LU - Bunt statt Braun – Keine Rassisten in Ludwigshafen“ stehe und ebenfalls am Sonntag, ab 12:00 Uhr, stattfindet.
- Der neue Theaterintendant, Herr Gersch, hat kurzfristig eine „Internationale Theaterwoche“ vom 26.02. bis zum 03.03. organisiert, bei der eine Vielzahl kultureller Aktivitäten aus vielen verschiedenen Ländern angeboten würden.

### **zu 3 Resolution des Ortsbeirates Mundenheim Mundenheim sagt "Ja" zur Aufnahme von Flüchtlingen und Verfolgten**

Beschlussvorlage zu einer gemeinsamen Resolution der SPD- und CDU-Ortsbeiratsfraktionen im Einvernehmen mit dem Vertreter der Grünen im Ortsbeirat.

Aufruf an die Mundenheimer Bürgerinnen und Bürger:

#### **Mundenheim sagt „ja“ zur Aufnahme von Flüchtlingen und Verfolgten**

Der Ortsbeirat Mundenheim sagt „ja“ zur Aufnahme von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Asylberechtigten im Ortsbezirk. Wir bekennen uns gemeinsam zu unserer moralischen und menschlichen Verpflichtung, denjenigen, die auf der Flucht vor Krieg, Terror, religiöser und politischer Verfolgung zu uns kommen, Schutz, Obdach, Nahrung und Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu geben. Diese Verpflichtung erwächst aus unserem Einsatz

für die Demokratie und die Wahrung von Freiheit und Menschenrechten, zum anderen aus den leidvollen Erfahrungen unserer jüngsten Geschichte zwischen 1933 und 1945.

Wir sind der Überzeugung, dass wir die Aufnahme von Flüchtlingen und Verfolgten gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern leisten können, ohne diese über Gebühr zu belasten. Der Ortsbeirat und die Ortsvorsteherin bitten deshalb die Bürgerinnen und Bürger Mundenheims, Solidarität mit Flüchtlingen, verfolgten Asylbewerbern und Asylberechtigten zu zeigen, sie zu unterstützen und Ihnen die Chance zu gewähren, ein Teil unserer Ortsgemeinschaft zu werden.

Der Ortsbeirat sucht ausdrücklich den Dialog mit Wohlfahrtsverbänden, Unternehmen, Kirchen, Vereinen und Initiativen aus der Bürgerschaft und bittet um Initiativen zur Unterstützung von Flüchtlingen und Verfolgten. Wir bitten um die Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger beim Empfang und der Betreuung in Mundenheim. Jeder kann etwas dazu beitragen, gemeinsam werden wir diese Herausforderung bewältigen.

Der Ortsbeirat bittet daher darum, aktiv und so früh wie möglich mit Sprachkursen und Integrationsangeboten auf die Flüchtlinge zuzugehen. Wir wollen eine intensive Betreuung der Flüchtlinge, Asylsuchenden und Asylberechtigten von Anfang an mit dem Ziel, dass möglichst viele von ihnen schon bald in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt in Deutschland aus eigener Kraft zu bestreiten und ein Teil unserer Ortsgemeinschaft zu werden.

Der Ortsbeirat begrüßt und bedankt sich ausdrücklich für das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement, das in diesen Fragen in Mundenheim jetzt schon vorhanden ist, zum Beispiel beim Café Asyl. Wir wollen uns weiterhin gemeinsam für eine Kultur der Offenheit, des Willkommens und der Empathie im Umgang mit Flüchtlingen und Verfolgten einsetzen.

Der Ortsbeirat bittet die Mundenheimer Landtagsabgeordnete und Ortsvorsteherin Anke Simon, sich in Mainz für eine auskömmliche Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung- und Betreuung einzusetzen. Dazu gehört z.B. die Finanzierung der Unterkunfts- und Krankheitskosten, die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die soziale Betreuung, Sprachkursen und Integrationsangeboten sowie besondere Unterstützung von Schulen und Kindertagesstätten, in denen Flüchtlingskinder unterrichtet, bzw. betreut werden.

Diesen Apell richten wir auch an die Bundestagsabgeordnete und Staatsministerin im Auswärtigen Amt Prof. Dr. Maria Böhmer, die Bundestagsabgeordnete Doris Barnett, die Ludwigshafener Landtagsabgeordneten Dr. Bernhard Braun, Heike Scharfenberger, und Marion Schneid, die Oberbürgermeisterin und Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages Dr. Eva Lohse sowie den Bürgermeister und Sozialdezernenten Wolfgang Van Vliet.

Begründung: Mit dieser Resolution wollen wir für Mitmenschlichkeit und Solidarität sowie ein friedliches Zusammenleben werben. Wir wollen ein deutliches Zeichen für Toleranz und Hilfsbereitschaft setzen.

gez.  
Holger Scharff  
SPD Ortsbeiratsfraktion

gez.  
Dr. Wilhelma Metzler  
CDU Ortsbeiratsfraktion

gez.  
Alexander Gajen  
Bündnis 90 / Die Grünen

Der Ortsbeirat stimmte der Resolution einstimmig zu.

#### **zu 4 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Behindertenparkplatz in der Oberstraße**

Ortsvorsteherin Anke Simon verlas die Stellungnahme der Verwaltung:

Drei allgemeine Behindertenparkplätze sind im unmittelbaren Ortskern Mundenheim (jeweils einer vor der Stadtparkkasse in der Saarlandstraße, vor der Apotheke in der Rheingönheimer Straße/Oberstraße und vor dem ehemaligen Postgebäude in der Wegelnburgstraße/Ecke Rheingönheimer Straße) vorhanden. Außerdem sind die Nutzungsberechtigten für einen Behindertenparkplatz, hier darf nur mit der Parkerleichterung für außergewöhnlich Gehbehinderte - dem blauen Parkausweis - geparkt werden, auch berechtigt, bis zu drei Stunden unter Auslage der Parkscheibe im eingeschränkten Haltverbot zu parken.

Vor diesem Hintergrund wurde die Oberstraße im beantragten Bereich am 29.01.15, gegen 16 h überprüft. Es zeigte sich, dass auf der Seite der ungeraden Hausnummern, zwischen Nr. 25 und 15 a, sowie unmittelbar neben der Apotheke ein eingeschränktes Haltverbot besteht, sodass dort die Berechtigten ebenso bis zu drei Stunden parken dürfen. Zum Zeitpunkt der Überprüfung fanden keine Ladevorgänge statt, sodass der gesamte Bereich der eingeschränkten Haltverbote als Parkraum für einen behinderten Menschen zur Verfügung gestanden hätte.

Aus der Sicht der Verwaltung besteht derzeit kein Erfordernis für die Einrichtung weiterer allgemeiner Behindertenparkplätze im Ortskern Mundenheim. Wir werden, wie bisher auch, die Freihaltung der eingeschränkten Haltverbote verstärkt kontrollieren.

Der Ortsbeirat kam überein, dass sich damit der Antrag erledigt habe.

#### **zu 5 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion Badeaufsicht Blies**

Ortsbeiratsmitglied Leimbach begründete den Antrag.

Ortsvorsteherin Anke Simon verlas die Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund der Verzögerungen im Freibad bleiben, wie durch die Presse informiert, die beiden Hallenbäder während der Sommerferien geöffnet. Somit kann kein städtisches Personal an der Blies eingesetzt werden.

Ortsvorsteherin Anke Simon erklärte, dass sich damit der Antrag erledigt habe.

#### **zu 6 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion Kriminalprävention**

Ortsbeiratsmitglied Dr. Metzler begründete den Antrag.

Ortsbeiratsmitglied Bredthauer schlug vor, anstelle eines Informationsstandes einen Sicher-

heitstag einzuführen, bei dem das Sicherheitsmobil der Polizei vor Ort die entsprechende Aufklärungsarbeit übernehmen könnte.

Herr Rath von der Polizei fügte hinzu, dass die Polizei bei entsprechender Nachfrage die entsprechenden Sicherheitsberatungen auch zu Hause durchführen würden.

Ortsbeiratsmitglied Dr. Metzler sprach sich dafür aus, kurzfristig mit kleineren Aktionen auf diese Leistungen der Polizei hinzuweisen und später dann einen solchen Sicherheitstag durchzuführen.

Ortsvorsteherin Anke Simon verlas abschließend die Stellungnahme der Polizei:

Die Polizei nimmt die Anregung dankend auf. Wir werden nach dem 08.02.2015 einen Info-stand auf oder in der Nähe des Wochenmarktes einrichten. Details können wir ab 09.02.2015 telefonisch klären. Die zentrale Prävention führt täglich Objektberatungen zum Thema Einbruchschutz durch. Wöchentlich finden mehrere Vorträge bei Vereinen und Verbänden zum Thema „Sicher leben im Alter“ statt. Außerdem führt der Arbeitskreis Seniorensicherheit im KrimiRat Ludwigshafen 54 aktive Sicherheitsberater für Senioren, die aktuelle Tipps der Polizei als Multiplikatoren in ihrem Umfeld verbreiten und die Polizei bei Aktionen in der Öffentlichkeit, z. B. sicher Einkaufen in LU-Oggersheim, unterstützen.

Der Ortsbeirat stimmte dem weiteren Vorgehen einvernehmlich zu.

## **zu 7 Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Flüchtlinge**

Ortsvorsteherin Anke Simon verlas die Stellungnahme der Verwaltung:

### **3-151:**

Die Einrichtung von Sprachvorkursen für Schülerinnen und Schüler, die über keine Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen, fällt grundsätzlich in die Zuständigkeit des Landes, hier als Ansprechpartner die ADD, Außenstelle Schulaufsicht, in Neustadt an der Weinstraße.

### **3-152:**

Alltagsintegrierte Sprachbildung und Sprachförderung ist Querschnittsaufgabe jeder Kita. Zur Intensivierung der Förderung bei zusätzlichem Sprachförderbedarf können außerdem zusätzliche Sprachfördermaßnahmen beantragt werden. Im Kiga-Jahr 2014/2015 wurden für die Kindertagesstätten in Mundenheim insgesamt 13 Basismaßnahmen (104 teilnehmende Kinder, Umfang 100 Stunden) beantragt und genehmigt. Für das Kindergartenjahr 2015/2016 können von den Kindertagesstätten über die Träger erneut zusätzliche Sprachfördermaßnahmen beantragt werden.



**zu 8   Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Unterbringung von Asylsuchenden und Asylberechtigten in Mundenheim**

Ortsvorsteherin Anke Simon verlas die Stellungnahmen der Verwaltung:

**3-15:**

Valide Daten liegen sowohl für Schulen als auch für Kindertagesstätten nicht vor.

**5-12:**

In Mundenheim sind derzeit 260 Asylsuchende bzw. Kriegsflüchtlinge untergebracht. 202 in den Gemeinschaftsunterkünften am Rampenweg 6-8 und 58 in der Kropsburgstraße 7 und 9.

Die durchschnittliche Wohnfläche pro Bewohner liegt in den Gemeinschaftsunterkünften bei 7,32 m<sup>2</sup> und in der Kropsburgstraße bei 11,95 m<sup>2</sup>.

In den beiden Häusern Rampenweg 6 und 10 teilen sich rund 30 Menschen jeweils 6 Toiletten und Duschen. In den Appartements im Rampenweg 8 sind jeweils eine Dusche und eine Toilette eingebaut.

Private Unterbringungen gibt es in Mundenheim nicht.

Die untergebrachten Menschen verteilen sich in den Gemeinschaftsunterkünften auf 38 Familien mit zusammen 117 Mitgliedern sowie 85 Einzelpersonen.

In der Kropsburgstraße wohnen 8 Großfamilien.

In Mundenheim engagieren sich die Freien Träger wie AWO, Caritas und Diakonie sowie die Bürgerinitiative RESPEKT MENSCHEN.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger, die sich in die Flüchtlingsarbeit einbringen wollen, können sich an die Migrationsbeauftragte wenden, die dann gerne an die entsprechende Stellen weitervermittelt.

Die Verwaltung rechnet in diesem Jahr mit einem noch höheren Flüchtlingsstrom als 2014. Derzeit werden, bezogen auf den Ortsbezirk Mundenheim, städtische Wohnungen in der Ebernburgstraße und der Kropsburgstraße saniert. Nach Fertigstellung soll hier 12 Familien eine Unterkunft zur Verfügung gestellt werden.

Derzeit erstattet das Land innerhalb von drei Jahren, gerechnet ab Rechtskraft des Bescheides über den abgelehnten Asylantrag einen Betrag von 502 Euro pro Asylbewerber und Monat. Darüber hinausgehende Erstattungen für Krankenkosten innerhalb dieser Dreijahresfrist werden nur geleistet, wenn die Kosten eines Krankenhausaufenthaltes mehr als 7.600 Euro ausmachen oder wenn sich die Kosten für eine Person innerhalb eines Jahres auf mehr als 35.000 Euro belaufen. Dies ist nur ganz selten der Fall, was bedeutet, dass mit der monatli-

chen Pauschale neben den anfallenden Unterkunftskosten und der Sicherstellung des Lebensunterhaltes auch die anfallenden Krankenkosten mit abgedeckt werden müssten, was unrealistisch ist.

**zu 9 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Schulhöfe in Mundenheim**

und

**zu 10 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Schulzentrum Mundenheim - Polizeieinsatz am 13.01.2015 und 15.01.2015**

Herr Rath von der Polizei sagte, dass Ausgangspunkt des Polizeieinsatzes am 13.01. eine Schlägerei von Jugendlichen im Bereich des Schulzentrums Mundenheim gewesen sei. Die Polizei war mit mehreren Einsatzkräften um halb acht vor Ort und kontrollierte einzelne Gruppen Jugendlicher in der Karolina-Burger-Straße, in der Erbgasse und am Adlerdamm. Von insg. 20 Personen wurden die Personalien aufgenommen. Bei der Schlägerei wurde ein 19-jähriger verletzt, der aber im St. Annastift verarztet wurde. Der 17-jährige Haupttäter konnte ermittelt werden; er stammt aus Mundenheim. Die übrigen 14- bis 19-jährigen Gruppenmitglieder seien ebenfalls Mundenheimer und hätten alle einen Bezug zur Realschule; entweder waren sie Schüler oder ehemalige Schüler der Realschule. Die Jugendlichen wurden ihren Eltern überstellt. Es gäbe aber auch eine ca. 10-köpfige Gruppe junger Mädchen, im Alter zwischen 13 und 16 Jahren, die in dem Kinderheim am St. Annastift wohnten und möglicherweise Grund für die Treffen vor dem Schulzentrum gewesen sein könnten. Ein Großteil der Jugendlichen sei polizeibekannt; ihre Streitigkeiten bewegten sich allerdings immer nur innerhalb der Gruppe. Jugendamt und Gerichtshilfe seien bereits involviert.

Am 15.01 habe eine Erzieherin vom Annastift angerufen, dass dort wieder eine größere Gruppe Jugendlicher herumlungern würde. Mehrere Streifenwagen seien dann ausgerückt und hätten vor Ort die Personalien von 14 Jugendlichen aufgenommen. Es waren auch wieder einige dabei, die zwei Tage vorher bereits auffällig gewesen seien, und denen dann Platzverweise erteilt wurden. Seitdem wäre es zu keinen Vorfällen mehr gekommen.

Herr Rath sagte zur Situation der Schulhöfe, dass der gleiche Personenkreis, der sich vor dem Schulzentrum treffe, sich auch auf dem Schulhof der Schillerschule und vor dem VTV aufhalte. Er habe verstärkt Streife fahren lassen, habe aber in den vergangenen Wochen keine Auffälligkeiten mehr beobachten können.

Ortsvorsteherin Anke Simon fügte hinzu, dass das Fehlen der Straßensozialarbeit sich doch sehr stark bemerkbar gemacht habe. Sie verband damit die Hoffnung, dass sich die Situation mit dem neuen Streetworker wieder beruhigen werde.

**zu 11 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Baumaßnahmen Bruchwiesenstraße 25**

Ortsvorsteherin Anke Simon verlas die Stellungnahme der Verwaltung:

Es wird vermutet, dass das Grundstück Bruchwiesenstraße 28 gemeint ist. Das Grundstück befindet sich im Gewerbegebiet Bruchwiesenstraße, BBP Nr. 486. Für das vorgenannte Grundstück liegt ein Bauantrag für den Neubau eines Autohauses mit Ausstellung, Dialogannahme, Ersatzteillager und Werkstatt vor. Hierzu sind noch ergänzende Unterlagen vorzulegen. Die jetzige Planung muss in einigen Punkten überarbeitet werden; eine Baugenehmigung wurde noch nicht erteilt.

Um das geplante Gebäude zu errichten wird z. Zt. das Gelände vorbereitet. Die vorhandenen Gebäude werden abgebrochen. Der Abbruch der vorhandenen Gebäude ist nach der LBauO § 62 Abs. 2 / 6 c genehmigungsfrei.

#### **zu 12 Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Abriss der Hochstraße Nord**

Ortsvorsteherin Anke Simon verlas die Stellungnahme der Verwaltung:

Für die Bauzeit im Zusammenhang mit der Erneuerung der Hochstraße Nord wird derzeit ein ÖPNV-Konzept erstellt. Nach Abschluss der Bauarbeiten ist nicht ausgeschlossen, dass dieses ÖPNV-Konzept bei entsprechender Akzeptanz weiterhin bestehen bleiben kann. Hinsichtlich eines regionalen Mobilitätskonzeptes, auch unabhängig von den anstehenden Baumaßnahmen, steht die Verwaltung bereits im Kontakt mit dem Rhein-Pfalz-Kreis.

Im Rahmen der ersten Variantenbetrachtungen zur Erneuerung der Hochstraße Nord wurde auch untersucht, in welchem Umfang die Verkehrsmengen reduziert werden müssten, um auf Fahrspuren verzichten zu können. Im Ergebnis war dabei festzuhalten: Die Verkehrsmengen z.B. auch durch erhebliche Verbesserungen im ÖPNV können nicht soweit reduziert werden, dass man auf Fahrspuren verzichten könnte.

#### **zu 13 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Gelände an der Blies, ehemaliges Coca Cola Gelände**

Ortsvorsteherin Anke Simon verlas die Stellungnahme der Verwaltung:

Im Januar 2014 hat Fa. Schleith nach vorangegangenen Gesprächen mit der Verwaltung mitgeteilt, die Entwicklung des ehemaligen Coca-Cola-Geländes übernehmen zu wollen und uneingeschränkt in die bestehenden Verträge (städtebaulicher und Erschließungsvertrag für das Baugebiet sowie Gestattungsvertrag zur Errichtung der Lärmschutzwand auf dem Tierheimgelände) einzusteigen. Im weiteren Verlauf der Planung wurden seitens des Projektentwicklers dennoch einige planerische Rahmenbedingungen, erneut zur Diskussion gestellt, was aber mittlerweile geklärt und ausgeräumt ist.

Des Weiteren sieht die Fa. Schleith, entgegen der ursprünglichen Aussage, noch Anpassungs- bzw. Änderungsbedarf – insbesondere formaler und organisatorischer Art - hinsichtlich der Verträge. Die entsprechenden Entwürfe wurden der Stadt im Dezember 2014 übermittelt. Zurzeit wird in den betroffenen Bereichen geprüft, inwieweit den Vorschlägen der Fa. Schleith zu den Vertragsänderungen gefolgt werden kann und die entsprechend notwendigen Abstimmungen durchgeführt. Mit der Herstellung der öffentlichen Erschließung sowie der

Lärmschutzwand als Voraussetzung für die Hochbaumaßnahmen kann erst nach Abschluss der Verträge begonnen werden.

Zurzeit finden auf dem Gelände Bodenarbeiten zum Aushub der vorhandenen Auffüllungen statt, um zum einen partielle Bodenverunreinigungen zu beseitigen und zum anderen eine ausreichende Standsicherheit des Untergrundes für die künftige Bebauung gewährleisten zu können.

**zu 14 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Erweiterung des Hafenterminals Mundenheim**

Ortsvorsteherin Anke Simon verlas die Stellungnahme der Verwaltung:

Zu den angesprochenen Feinplanungen des Hafens liegen bei 4-12 keine Erkenntnisse vor.

**zu 15 Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion  
Fortführung der S-Bahn Rhein-Neckar**

Ortsvorsteherin Anke Simon verlas die Stellungnahme der Verwaltung:

Die Anfragen und entsprechende Fragen aus dem Ortsbeirat Rheingönheim hat die Verwaltung zum Anlass genommen, Vertreter des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd zu bitten, über die Thematik in einer gemeinsamen Sitzung der Ortsbeiräte Mundenheim und Rheingönheim zu berichten. Die Terminvereinbarung ist im Gang.

**zu 16 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion  
Überprüfung der Straßenbeleuchtung**

Ortsvorsteherin Anke Simon verlas die Stellungnahme der Verwaltung:

Die Straßenbeleuchtung in Mundenheim wird, wie im ganzen Stadtgebiet, in den Wintermonaten Oktober bis März monatlich bei Nacht kontrolliert. Im Sommer erfolgt zusätzlich eine Kontrolle im Juni oder Juli.

Weiterhin können Bürger telefonisch über die Servicenummer 115 oder direkt im Tiefbauamt Defekte melden. Telefonnummern und e-mail-Adressen der Ansprechpartner sind veröffentlicht. Zusätzlich nehmen die TWL Störungsmeldungen telefonisch auf.

Die Stadt Ludwigshafen ist Eigentümer der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet. Die Instandsetzung wird im Auftrag der Stadt von den TWL ausgeführt. Die Kontrolle der Instandsetzung erfolgt durch die Stadtverwaltung Ludwigshafen, Bereich Tiefbau.

**zu 17 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion  
Integrierte Regionalleitstelle Ludwigshafen**

Ortsvorsteherin Anke Simon verlas die Stellungnahme der Verwaltung:

Der Förderungsbescheid ist noch nicht eingegangen. Die Übergabe soll nach derzeitigem Abstimmungsstand voraussichtlich im März 2015 erfolgen.

Die Kosten der Leitstellentechnik werden zu 100 % vom Land übernommen. Der Anteil der Baukosten beträgt für die Stadt Ludwigshafen (nach Einwohnerschlüssel) rund 15 %.

Unmittelbar nach Eingang des Förderbescheids werden die ersten Gewerke europaweit ausgeschrieben.

Mit dem Baubeginn, ist nach dem derzeitigen Stand, gegen Ende des Jahres zu rechnen.

#### **zu 18 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Wochenmarkt am Mittwoch**

Ortsvorsteherin Anke Simon verlas die Stellungnahme der LUKOM:

Bei der LUKOM gibt es aktuell keine Überlegungen den Wochenmarkt in Mundenheim mittwochs einzustellen.

Es entstehen keine erheblichen Kosten bei Einzelbetrachtung des Wochenmarktes in Mundenheim am Mittwoch. Die Gemeinkosten für Wochenmärkte würden sich praktisch nicht verändern. Die variablen Kosten beziehen sich auf Personalkosten für die Marktaufsicht bzw. zur Zeit der Mundenheimer Kerwe die Beschilderungskosten für den Ausweichplatz. In Einzelfällen entstehen Kosten für das Abschleppen von KFZ, wenn die entsprechenden Halter nicht zahlen.

Die LUKOM versucht ganzjährig Markthändler zu akquirieren. Dies gestaltet sich aber von Jahr zu Jahr schwieriger, da die Verdienstaussichten auf den Märkten rückläufig sind. Gründe sind hier in der Änderung des Konsumverhaltens der Marktbesucher sowie der verschärften Konkurrenzsituation durch Supermarktketten und Discounter zu sehen.

#### **zu 19 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Anlage Außengelände Mundenheimer Straße 35**

Ortsvorsteherin Anke Simon verlas die Stellungnahme der Verwaltung:

Der Auftrag zum Bau des Außengeländes ist erteilt. Mit den Baumaßnahmen wird voraussichtlich Anfang März begonnen.

Nach Abhandlung der Tagesordnungspunkte informierte Ortsvorsteherin Anke Simon über ein Gespräch des Stadtvorstandes mit den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern, bei dem die Überbelastung der Bereiche der Stadtverwaltung durch die Anzahl der Anträge und Anfragen der Ortsbeiratsfraktionen zur Sprache kam. So manches könne auch auf kurzem Weg

mit der Verwaltung geklärt werden. Sie bat deshalb darum, zukünftig die Anträge und Anfragen auf ein überschaubares Maß zu reduzieren.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss die Vorsitzende um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 14.12.2015

---

Stefan Schneider  
Schriftführer

---

Anke Simon  
Vorsitzende